

# Übersichten

April 2003

---



---

## Außenpolitik

---



---

### 1 Internationale Beziehungen in Zeiten von SARS

Noch im März hätte kaum jemand geglaubt, dass das „Schwere akute respiratorische Syndrom“ (SARS) sich in und für China zu einem Politikum ersten Ranges entwickeln würde. Hatte die Weltgesundheitsorganisation WHO erst Ende März und auf massiven internationalen Druck überhaupt erst Zugang zu den Regionen in China erhalten, die neben Hongkong – zumindest nach Nachrichtenlage – am stärksten von der Viruskrankheit betroffen sind, so meinte man noch am 1. April Teilentwarnung geben zu können: Man sei zuversichtlich, hieß es seitens der WHO, die Krankheit in China bald unter Kontrolle zu bringen. Dass diese Einschätzung schon sehr bald einer Reisewarnung und weitaus negativeren Prognosen wich, ist hinlänglich bekannt. Weniger bekannt ist hingegen das Maß an „außenpolitischer Isolation“, in das China seither zu geraten drohte.

Die erste heftige Reaktion, die auch zu einem kleinen Eklat führte, erfolgte

in der Schweiz seitens des Bundesamtes für Gesundheit, das unmittelbar vor der Eröffnung der Weltmesse für Uhren und Schmuck in Bern Anfang April ein Arbeitsverbot gegen alle Aussteller erließ, die aus Regionen mit einer Häufung von SARS-Fällen kamen. In besonderem Maße waren hier aufgrund der sehr hohen Zahl von Teilnehmern Hongkong und die Provinz Guangdong betroffen. Aber auch in Neuseeland wurden chinesische Delegierte noch nach ihrer Ankunft von der Teilnahme an einer Konferenz ausgeschlossen, was den chinesischen Botschafter von unverständlicher Diskriminierung sprechen ließ.

Im Laufe des April ließen weitere Länder rund um den Erdball Einreisebeschränkungen, besondere Auflagen und Einreiseverbote für chinesische Staatsbürger folgen. Das Einreiseverbot für Bürger der Volksrepublik, das Französisch Polynesien am 3. April erließ, dürfte China dabei nicht besonders getroffen haben, wenn sich auch ca. 300 chinesische Gastarbeiter im Land aufhalten, die dort in der Landwirtschaft beschäftigt sind und nun ein Bleiberecht bis zum Ende der Epidemie in China erhielten. Größere Auswirkungen dürften jedoch die Reisebeschränkungen haben, die von russischer Seite in den russischen Fernostgebieten verfügt wurden. Am 15. April wurde für russische Staatsbürger ein Reiseverbot für sieben von SARS betroffene chinesische Provinzen im Süden des Landes erlassen. Gleichzeitig trat ein Einreiseverbot für Arbeitsmigranten aus diesen Provinzen für Russland in Kraft. Ein vollständiger Einreisestopp für Chinesen konnte nicht verhängt werden, weil ansonsten weite Teile der russischen Wirtschaft der Region und insbesondere der Handel und die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs zum Erliegen gekommen wäre. Allerdings wurden die Grenzkontrollen verschärft und eine medizinische Überwachung der chinesischen (und vietnamesischen) Migranten auf den Märkten des russischen Fernen Ostens eingeführt. Ende April kam es dann an der russisch-chinesischen Grenze erstmals zur Rückweisung einer Gruppe von 40 Chinesen, da drei unter ihnen Symptome der Lungenkrankheit SARS aufwiesen.

Auch Taiwan verfügte am 24. April ein Einreiseverbot für Personen aus Guangdong, Shanxi, Beijing und der Inneren Mongolei. Wollte man dieses Verbot zunächst aufgrund der größeren Transparenz im Umgang mit SARS dort nicht auf die SAR Hongkong ausdehnen, sah man sich dann jedoch nur einen Tag später zur Aussetzung der Regelung genötigt, die es Hongkonger Bürgern bislang ermöglichte, ein Visum für einen Aufenthalt von maximal zwei Wochen unmittelbar bei der Einreise nach Taiwan zu erhalten. Diese Maßnahme sollte zunächst auf einen Monat beschränkt bleiben.

Nach wie vor gelten die Beschränkungen jedoch nicht für vom chinesischen Festland stammende Ehepartner und Kinder von Taiwanesen oder Taiwanesen selbst. Diese sind lediglich gehalten, nach der Einreise für ca. zehn Tage ihre Wohnung nicht zu verlassen, um eine etwaige von ihnen ausgehende Ansteckungsgefahr zu minimieren. War das Reiseaufkommen zwischen Taiwan und der VR China bereits vor der Verfügung der Reisebeschränkungen im März auf lediglich ein Viertel des Volumens zurückgegangen, den es im Vergleichsmonat des Vorjahres betragen hatte, so schrumpfte es im April weiter.

Während Japan wie andere Staaten weltweit auch Ende April seine Reisewarnungen verschärfte und auch den in China studierenden japanischen Studenten wegen der Ansteckungsgefahr und nicht zuletzt wegen der Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit, die beispielsweise Beijinger Universitäten im Zuge der Bekämpfung von SARS über ihre Studentenschaft verhängt hatten, zur Rückkehr in ihr Heimatland riet, wurde nun auch von einer Grenzschiebung von chinesischer Seite berichtet. Mit der – recht zweifelhaften – Begründung, man wolle gegen die weitere Ausbreitung von SARS vorbeugen, wurde mit Wirkung vom 26. April die chinesisch-nepalesische Grenze von den chinesischen Behörden für alle Touristen geschlossen.

Auch Reisen ausländischer Politiker und Wirtschaftsvertreter sowie internationale Veranstaltungen in China waren im April in starkem Maße von Absagen oder Verschiebungen auf unbestimmte Zeit betroffen. Neben inter-



nationalen sportlichen Großereignissen traf es aber auch kleinere, in der bilateralen Diplomatie jedoch nicht irrelevante Veranstaltungen. So bat beispielsweise der russische Kulturminister schriftlich bei seinem chinesischen Amtskollegen um Verständnis für die Verlegung einer russischen Kulturwoche in China auf einen späteren, noch unbestimmten Zeitpunkt.

Im wirtschaftlichen Bereich waren es wiederum Vertreter Japans, die aus Sorge vor Ansteckung am konsequentesten auch solche Termine absagten, die wesentlich im eigenen Interesse lagen. Mit der japanischen Verkehrsministerin, dem Vorsitzenden der Japan Business Federation und dem Vorsitzenden der Japan Chamber of Commerce and Industry wurden gleich drei Reisen hochrangiger Delegationen aus Politik und Wirtschaft auf unabsehbare Zeit gestrichen, die alle nur das Ziel hatten, in China verstärkt für den Kauf des japanischen Shinkansen zu werben.

Aus chinesischer Sicht deutlich schwerer wiegen allerdings die Absagen für prestigeträchtige Veranstaltungen internationaler Organisationen, die sich in wachsender Zahl von der Volksrepublik als Veranstaltungsort abwandten. So fiel beispielsweise das Gipfeltreffen des World Economic Forum, das für April in Beijing geplant war und als Bühne für die Darstellung der chinesischen wirtschaftlichen Erfolge dienen sollte, SARS zum Opfer. Diese Absage löste denn wohl auch in entscheidendem Maße den Umdenkungsprozess in der chinesischen Regierung mit aus, wie mit der Epidemie umzugehen sei. Auch die International Labour Organization (ILO) sagte eine seit 2001 für Anfang April diesen Jahres vorbereitete internationale Konferenz der Arbeitsminister und -experten kurzerhand ab. Schmerzhaft für China ist dabei vor allem, das sich die Konferenz speziell den spezifisch chinesischen Arbeitsmarktproblemen widmen sollte, die im Zuge der Globalisierung der chinesischen Wirtschaft aufgetreten sind.

Neben all diesen Rückschlägen aufgrund von SARS konnte sich Beijing jedoch dennoch eines besonders symbolträchtigen und diplomatisch sehr wichtigen Besuches erfreuen. Zwar führte auch der französische Premierminister seinen geplanten Besuch in

China durch, doch insbesondere das Festhalten an den Besuchsplänen seitens des gegenüber China eigentlich als Falke bekannten indischen Verteidigungsministers erfreute Beijing. Fernandes hatte seinen lange vorbereiteten und ersten Besuch in der Volksrepublik entgegen allen Befürchtungen nicht abgesagt und damit Vorbehalten in Indien zum Trotz ein willkommenes diplomatisches Zeichen gesetzt. Allerdings erklärte er sich gegenüber der indischen Presse bereit, sich und seine gesamte Begleitmannschaft nach der Rückkehr medizinisch untersuchen zu lassen und sich vorsorglich für ca. zehn Tage in Quarantäne zu begeben.

Erst Ende April konnte man sich auch im Rahmen eines Sondertreffens der ASEAN-Staaten unter Beteiligung Chinas darauf einigen, gemeinsame Anstrengungen im Kampf gegen SARS zu unternehmen. Die Volksrepublik China, die von der Krankheit nicht nur am schwersten betroffen ist, sondern die sich international nach wie vor der größten Kritik im Umgang mit der offensichtlich erstmals in Südchina aufgetretenen Epidemie ausgesetzt sieht, erklärte sich zum bei weitem größten finanziellen Beitrag bereit. 1,2 Mio. US\$ will China zu dem eigens gegründeten Fonds beisteuern, der nach dem Willen der ASEAN-Staaten speziellen kooperativen Wissenschafts- und Ausbildungsprojekten gegen SARS dienen soll. (Radio New Zealand online, 3.4.03, nach BBC PF, 4.4.03; Radio Australia, 3.4.03, nach BBC PF, 5.4.03; NZZ, 5./6.4.03; TVS Moscow, 15.4.03, nach BBC PF, 16.4.03; Russia TV Moscow, 29.4.03, nach BBC PF, 30.4.03; Radio Mayak Moscow, 16.4.03, nach BBC PF, 17.4.03; CNAT online, 24.4.03, nach BBC PF, 25.4.03; CNAT online, 25.4.03, nach BBC PF, 26.4.03; Nepalnews.com, 27.4.03, nach BBC PF, 28.4.03; Kyodo News Service, 3.4.03, nach BBC PF, 5.4.03; Kyodo News Service, 22.4.03, nach BBC PF, 23.4.03; Kyodo News Service, 23.4.03, nach BBC PF, 24.4.03; Kyodo News Service, 26.4.03, nach BBC PF, 27.4.03; Kyodo News Service, 29.4.03, nach BBC PF, 30.4.03; Interfax, 7.4.03, nach BBC PF, 8.4.03; Interfax, 24.4.03, nach BBC PF, 25.4.03; ST, 7.4.03) -kg-

## 2 China aktiver in Nordkorea-Krise

Was sich bereits Ende März abgezeichnet hatte, setzte sich im April im Konkreten fort. Die Volksrepublik China zeigt ein aktiveres Engagement in der Nordkorea-Krise. Nach wie vor ist die chinesische Regierung bestrebt, die Krise als bilaterale Angelegenheit zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Demokratischen Volksrepublik Korea zu definieren und auf diese Weise ohne Beteiligung weiterer Staaten oder etwa der Vereinten Nationen zu behandeln. So verhinderte China beispielsweise eine Stellungnahme des UN-Sicherheitsrats in dieser Sache. Dennoch dürfte nicht zuletzt der Druck seitens der USA für eine Aufgabe der sehr passiven Haltung gegenüber Nordkorea geführt haben.

Dass Bewegung in die festgefahrene Situation geriet, zeichnete sich spätestens Mitte April ab, als der nordkoreanische Staatschef Kim Jong-il überraschend zu einem Geheimtreffen mit der neuen chinesischen Regierung nach Beijing reiste. Unter dem Eindruck des seitens der USA und ihrer militärischen Verbündeten schneller als erwartet entschiedenen Irakkrieges und erhöhten Drucks von chinesischer Seite erklärte sich Kim nunmehr zu Gesprächen ohne Vorbedingungen bereit. Vorausgegangen war jedoch von chinesischer Seite die kurzfristige Unterbrechung der Öllieferungen an Nordkorea über eine Pipeline im Nordosten Chinas.

Waren internationale Beobachter davon ausgegangen und gehen weiterhin davon aus, dass der politische Einfluss Chinas als Einzigem verbliebenen Verbündeten Nordkoreas begrenzt sei, so besann man sich nunmehr in Beijing offenbar seiner wirtschaftlichen Macht gegenüber dem unbotmäßigen Nachbarland. Schließlich decken chinesische Öllieferungen 70% des nordkoreanischen Bedarfs, und auch im Hinblick auf die Versorgung mit Getreide und Gemüse besteht eine hochgradige Abhängigkeit Nordkoreas von Lieferungen aus China. Die chinesische Regierung wiederum, das wurde in den letzten Wochen und Monaten immer deutlicher, verliert angesichts von Botenschaftsflüchtlingen und politischen Eskapaden zunehmend das Interesse an



einer Stützung des kommunistischen Regimes.

Nachdem eine erste Gesprächsrunde zwischen den USA und Nordkorea durch Vermittlung Beijngs vereinbart war, musste Einigkeit nur noch über das Format der Verhandlungen erzielt werden. Hierbei stimmt China grundsätzlich mit Nordkorea überein, welches alle anderen Staaten der Region und auch die Vereinten Nationen unter allen Umständen von den Gesprächen mit den Vereinigten Staaten fernhalten will. Zwar entsandten sowohl Japan als auch Südkorea Beobachter zu den Gesprächen nach Beijing, doch beteiligt wurden sie ebenso wenig wie etwa Russland, das ebenfalls eine Absage von chinesischer Seite erhielt.

Die Gespräche zur Lösung der Nuklearkrise fanden unter Beteiligung des Leiters der Abteilung Ostasien und Pazifik im amerikanischen Außenministerium James Kelly und des Leiters der Nordamerikaabteilung im nordkoreanischen Außenministerium Ri Gun (Li Gun) vom 23. bis 26. April in Beijing statt. Geleitet wurden sie auf Gastgeberseite von Fu Ying, Direktor der Asienabteilung im chinesischen Außenministerium. Die chinesische Regierung wurde es jedoch nicht müde zu betonen, dass sie ihre Rolle nicht als Vermittler zwischen beiden Staaten sehe, die eine Einigung selbst erzielen müssten. Man wolle lediglich als Gastgeber und Moderator fungieren und dazu beitragen, dass beide Seiten dieses erste Gespräch dazu nutzen könnten, die gegenseitigen Positionen besser verstehen zu lernen, um darauf aufbauend die gegenwärtigen Spannungen auszuräumen.

So neutral wie von der chinesischen Regierung nach außen dargestellt, war die Rolle Chinas jedoch offensichtlich keineswegs. Noch am Vortag der Dreiergespräche hatte Staats- und Parteichef Hu Jintao mit Marschall Jo Myong Rok einen hochrangigen Vertreter der nordkoreanischen Regierung empfangen. Auch wenn über den Inhalt der Gespräche nichts an die Öffentlichkeit drang, machte Beijing dem nordkoreanischen Verbündeten offensichtlich deutlich, dass die Geduld der VR China erschöpft ist.

Höchst unterschiedlich wird das Ergebnis der ersten Dreiergespräche gedeutet. Während auf der einen Sei-

te allein das Zustandekommen eines Dialogs als großer Fortschritt bewertet wird, vertraten amerikanische Kommentatoren bisweilen die Ansicht, der niedrige Rang des nordkoreanischen Verhandlungsführers käme einem Affront gleich. Dienten die Gespräche zunächst lediglich dem Vortragen der kontroversen Positionen der beiden direkten Kontrahenten im Atomstreit, so bestätigte das amerikanische Außenministerium noch vor Abschluss der Gespräche, mit einem neuen Vorschlag zur Beilegung des Streits habe Nordkorea Bewegung in die Sache gebracht. Ob es sich jedoch tatsächlich um eine veränderte Position oder nur um eine abgemilderte Sprachregelung handelt, bleibt weiter offen. Nordkorea hatte ein mögliches Entgegenkommen im Hinblick auf seine Nuklearkapazitäten signalisiert, wenn die USA im Gegenzug eine Garantie gäben, auf einen nuklearen Erstschatz gegen das Land grundsätzlich zu verzichten. Insgesamt geht es Nordkorea um die Herstellung von wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, und alle Beteiligten waren sich in ihrer Bewertung einig, dass sich die Verhandlungen noch über eine sehr lange Zeit erstrecken könnten.

Ein positiver Nebeneffekt war für China, dass es sich mit seiner Gastgeberrolle gegenüber der US-Regierung erneut als verantwortungsvoller Akteur der Weltpolitik profilieren konnte. Der amerikanische Außenminister Powell erklärte sich nach Abschluss der Gespräche insbesondere beeindruckt von der positiven Rolle, die China in den Gesprächen mit Nordkorea eingenommen hätte. Die Rolle, die die Volksrepublik in der Welt spiele, wachse zunehmend – ebenso allerdings auch die Erwartungen der Weltgemeinschaft an das Land. Zwar existierten, so Powell weiter, noch erhebliche Meinungsdivergenzen zwischen China und den USA, doch die Kooperation zwischen beiden Staaten werde zunehmend verbessert, nachdem beide Seiten erkannt hätten, dass in weiten Bereichen internationaler Fragen Interessengleichheit vorliege. (WSJ, 8.4.03; HB, 15.4., 23.4.03; FAZ, 24.4., 26.4., 29.4.03; NZZ, 24.4.03; FT, 17.4., 27.4., 30.4.03; Kyodo News Service, 15.4.03, nach BBC PF, 16.4.03; ZXS, 25.4.03, nach BBC PF, 27.4.03) -kg-

### 3 China und Russland einig über den Irak

Im April gab es eine Reihe von Konsultationen auf verschiedenen Ebenen der Außenministerien Chinas und Russlands, in deren Mittelpunkt eine weitere Abstimmung der Haltungen beider Länder in der Irak-Frage stand. Den Anfang machte ein Besuch des Stellvertretenden russischen Außenministers Fedotov am 3. und 4. April in Beijing. Telefonische Gespräche der beiden Ressortleiter Li Zhaoxing und Ivanov folgten am 8. April, und der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Kong Quan, reiste im letzten Monatsdrittel auf Einladung des russischen Außenministeriums zu einem Arbeitsbesuch nach Moskau.

Sowohl von der chinesischen als auch von der russischen Seite wurde in öffentlichen Stellungnahmen wiederholt die Einigkeit betont, die zwischen den Regierungen beider Länder in der Irak-Frage herrsche. Russland und China wollten weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, um das Irak-Problem einer friedlichen Lösung zuzuführen. Nach dem Ende der Kriegshandlungen müsse die UNO wieder die Zuständigkeit für die weitere Entwicklung im Irak übernehmen. Dies solle auf der Basis der einschlägigen Resolutionen des Weltsicherheitsrates zu Truppenreduzierung, Sanktionen und humanitären Programmen geschehen. Schon jetzt habe der von den USA geführte Irak-Krieg Auswirkungen, die einen Regionalkonflikt bei Weitem überstiegen. So sei damit zu rechnen, so der russische stellvertretende Außenminister Fedotov in Beijing, dass der Krieg zu einer Eskalation terroristischer Aktivitäten weltweit führen könne. Ebenso schwer wiege, dass der nicht vom Sicherheitsrat autorisierte Krieg gegen den Irak gegen internationales Recht verstoße und letztlich die gesamte gegenwärtige Weltordnung infrage stelle.

Man wolle die engen Konsultationen, die man bisher in der Irak-Krise gepflegt habe, weiter fortsetzen, hieß es. Insbesondere gehe es nun darum, die Kräfte zu bündeln, um die legitimen wirtschaftlichen Interessen Chinas und Russlands zu schützen. Dazu sei es notwendig, dass alle Entscheidungen über den Wiederaufbau des Irak nach Kriegsende wieder im



Rahmen der Vereinten Nationen getroffen werden müssten, keinesfalls jedoch im Weißen Haus.

So sehr die Übereinstimmung der Positionen in der Irak-Frage betont wurde, so wenig galt dies offensichtlich im Hinblick auf die Nordkorea-Krise. Hier konnte man sich lediglich auf „ähnliche Positionen“ verständigen. Allein der Wunsch Russlands nach Beteiligung an den Gesprächen zur Lösung des nach chinesischer Lesart bilateralen Konflikts zwischen Nordkorea und den USA stieß in Beijing auf wenig Gegenliebe. (Xinhua, 4.4.03, nach BBC PF, 5.4.03; Xinhua, 8.4.03, nach BBC PF, 9.4.03; RIA, Moskau, 4.4.03, nach BBC PF, 5.4.03; Interfax, 4.4.03, nach BBC PF, 5.4.03; Interfax, 9.4.03, nach BBC PF, 10.4.03; ITAR-TASS, 21.4.03, nach BBC PF, 22.4.03) -kg-

#### 4 Staatsrat Tang Jiaxuan zur Zukunft des Irak

Der ehemalige chinesische Außenminister und derzeitige Staatsrat Tang Jiaxuan erläuterte am 18. April den chinesischen Standpunkt hinsichtlich der weiteren Behandlung der Irak-Problematik nach Kriegsende. Tang formulierte hierbei fünf Prinzipien, die aus chinesischer Sicht zukünftig zu gelten hätten.

Zunächst seien unter allen Umständen die politische Unabhängigkeit, die Einheit, die staatliche Souveränität und die territoriale Integrität des Irak zu respektieren und zu schützen. Weiterhin, so Tang, sollten alle Nachkriegsabsprachen einschließlich des wirtschaftlichen Wiederaufbaus des Irak im Rahmen der Vereinten Nationen und unter deren Leitung erfolgen. Drittens schließlich müssen der Wille des irakischen Volkes und dessen Wahl für die Zukunft des Landes vollständig respektiert werden. Viertens schließlich seien auch die legitimen Interessen aller Staaten im Irak zu respektieren und zu schützen. Last, but not least solle jede Lösung der Irak-Problematik der Entwicklung zu einem dauerhaften Frieden und zu Stabilität im Nahen Osten und in der Golfregion förderlich sein. (XNA, 19.4.03) -kg-

#### 5 Koizumi in China vorerst nicht willkommen

Der Besuch der japanischen Außenministerin Kawaguchi vom 6. bis 8. April in Beijing stand ganz im Zeichen des japanischen Versuchs, atmosphärische Verbesserungen der seit Anfang des Jahres zumindest teilweise getrübten chinesisch-japanischen Beziehungen zu erreichen. Die Verstimmung war durch einen erneuten Besuch des japanischen Ministerpräsidenten Koizumi im Yasukuni-Schrein am 14. Januar entstanden.

Bereits am 1. April waren Gerüchte aufgetaucht, der neue chinesische Präsident Hu Jintao habe aufgrund der chinesischen Verärgerung über den dritten Besuch des japanischen Ministerpräsidenten im Yasukuni-Schrein während dessen Amtszeit nicht nur einen Besuch Koizumis in China abgelehnt, sondern vielmehr auf mittlere Sicht auch ein bilaterales Gipfeltreffen mit diesem im Rahmen multilateraler Konferenzen ausgeschlossen. Der japanische Ministerpräsident dementierte auf Nachfrage die Darstellung in japanischen Medien, seine Regierung sei von China über diplomatische Kanäle über diese Haltung Hu Jintaos informiert worden. Die chinesische Regierung hingegen ließ derartige Gerüchte unkommentiert. Zumindest in Japan wurde jedoch die nach japanischer Darstellung erst kurzfristig anberaumte Reise Kawaguchis als Zeichen gewertet, dass beide Seiten bemüht seien, die atmosphärischen Störungen zwischen ihnen zu beseitigen.

Während ihres Besuchs traf Kawaguchi unter anderem mit ihrem Amtskollegen Li Zhaoxing, dessen Amtsvorgänger und Staatsrat Tang Jiaxuan sowie mit Ministerpräsident Wen Jiabao zusammen. Im Hinblick auf einen von Koizumi gewünschten Besuch in China kam man sich in den Gesprächen offenbar jedoch nicht näher. Wen Jiabao wird mit der Aussage zitiert, die Zeit für einen Besuch Koizumis sei nicht reif. Im Übrigen hoffe man darauf, beide Länder werden eine Atmosphäre schaffen, die einen Staatsbesuch des japanischen Ministerpräsidenten ermögliche.

Von chinesischer Seite wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass Japan sich mit den Besuchen des Yasukuni-

Schreins durch Koizumi von dem historischen Konsens beider Länder entfernt habe, wonach aus der Vergangenheit Lehren für die Zukunft gezogen werden müssten. Kawaguchi verwies im Hinblick auf die chinesische Kritik auf die Prinzipien der Gemeinsamen Chinesisch-japanischen Stellungnahme sowie auf Reden des ehemaligen japanischen Ministerpräsidenten Murayama, blieb in ihren Ausführungen jedoch weit entfernt von einer von chinesischer Seite gewünschten Entschuldigung und Unterlassungserklärung. Kawaguchis Appell an China, beide Staaten müssten aufgrund ihrer wichtigen Position in der Welt ihre bilaterale Kooperation und politische Koordination stärken, verhallte unbeantwortet.

Dennoch war der Besuch Kawaguchis nicht völlig erfolglos. Beide Seiten einigten sich vielmehr darauf, noch vor Ende April in formale Verhandlungen über ein Konsularabkommen einzutreten. Auch werde man auf Vize-Minister-Ebene im Juni mit bilateralen Gesprächen über Verteidigung und wirtschaftliche Partnerschaft beginnen, hieß es zum Abschluss des Besuchs. Insbesondere die Notwendigkeit eines Konsularabkommens wurde beiden Seiten durch verschiedene Ereignisse der letzten Zeit deutlich vor Augen geführt. So war beispielsweise ein Streit darüber entstanden, dass ein japanischer Staatsbürger im letzten November von den chinesischen Sicherheitsbehörden wegen Fluchthilfe für Nordkoreaner in Haft genommen worden war, die chinesische Seite es jedoch verabsäumte, die japanische Vertretung darüber zu informieren. Auch befürchtet man, die Zahl der Japaner, die aus Nordkorea fliehen und in China um Asyl ersuchen, könnte in naher Zukunft deutlich ansteigen. Auch um diesem Phänomen effektiv begegnen zu können wird ein Konsularabkommen benötigt.

Wenig konnte Kawaguchi hingegen in der Frage eines Lösungsweges in der Nordkorea-Krise erreichen. Sie ersuchte nach eigenen Angaben Li Zhaoxing, den Einfluss Chinas in Nordkorea geltend zu machen, damit sich das Land in der Frage der atomaren Bewaffnung verantwortungsbewusst verhalte. Li bekräftigte in seiner Entgegnung lediglich die bekannte chinesische Haltung, man wünsche eine



atomwaffenfreie koreanische Halbinsel und die Beilegung der Krise auf friedlichem Verhandlungswege. Entgegenkommen hinsichtlich des japanischen Wunsches nach multilateralen Verhandlungen zeigte er hingegen nicht. (Kyodo News Service, 1.4.03, nach BBC PF, 2.4.03; Kyodo News Service, 2.4.03, nach BBC PF, 3.4.03; Kyodo News Service, 6.4.03, nach BBC PF, 7.4.03; Kyodo News Service, 7.4.03, nach BBC PF, 8.4.03; NZZ, 7.4.03; Xinhua, 6.4.03, nach BBC PF, 7.4.03; Xinhua, 7.4.03, nach BBC PF, 8.4.03; Xinhua, 8.4.03, nach BBC PF, 9.4.03; XNA, 8.4.03) -kg-

## 6 Die Wandlung des indischen Verteidigungsministers in China

Trotz SARS und entsprechender warnender Stimmen in Indien ließ sich der gegenüber China bislang eher als Falke bekannte indische Verteidigungsminister George Fernandes nicht von einem lange geplanten offiziellen Besuch der Volksrepublik China abbringen. Der einwöchigen Reise kam damit in mehrfacher Hinsicht große symbolische Bedeutung zu. Zum einen war Fernandes in der Vergangenheit nicht gerade mit chinafreundlichen Äußerungen aufgefallen, sondern zählte vielmehr zu denjenigen indischen Regierungspolitikern, die in China primär eine potenzielle militärische und strategische Bedrohung für Indien sehen. Insbesondere seine öffentlichen Äußerungen im Zusammenhang mit den indischen Nuklearwaffentests 1998 und wiederholte Anschuldigungen gegen China im Zusammenhang mit Grenzverletzungen entlang der bisher nicht endgültig festgelegten Demarkationslinie in den zwischen beiden Ländern umstrittenen Grenzregionen machte er sich in China keine Freunde. Für Fernandes war es der erste Besuch in dem nördlichen Nachbarland; der letzte indische Verteidigungsminister hatte zuvor 1992 die Volksrepublik besucht.

Bereits im Vorfeld des Besuchs sorgten Stellungnahmen aus beiden Ländern für gute Stimmung. Hatte der indische Außenminister Yashwant Sinha China öffentlich als einen der wichtigsten Nachbarstaaten bezeichnet, so dankte das chinesische Außenministerium in einer regulären Pressekon-

ferenz ausdrücklich für diese in die Zukunft weisende Meinungsäußerung Sinhas. Auch der Besuch des indischen Verteidigungsministers, der mit allen militärischen Ehren am 21. April in Beijing empfangen wurde und eine Woche durch China reiste, stand unter einem guten Stern. Fernandes traf zu Unterredungen mit verschiedenen Vertretern der neuen Regierung und einigen der Grauen Eminenzen der vorherigen Führergeneration zusammen. Offizielle Gespräche führte er mit seinem Amtskollegen General Cao Guangchuan sowie mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission General Guo Boxiong und Außenminister Li Zhaoxing. Ein als Höflichkeitsbesuch bezeichneter Gesprächstermin führte ihn mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao zusammen. Seinen wohl wichtigsten Gesprächspartner fand Fernandes jedoch in Jiang Zemin in seiner Rolle als Vorsitzender der Zentralen Militärkommission.

Vom Austausch obligatorischer Höflichkeiten einmal abgesehen bezeichneten beide Seiten den Besuch des indischen Verteidigungsministers einmütig als einen weiteren Schritt der militärischen Vertrauensbildung zwischen den beiden Staaten. Fernandes und seine unterschiedlichen Gesprächspartner auf der chinesischen Seite versicherten einander wiederholt, es sei in den letzten Jahren gelungen, insbesondere in den Grenzregionen das gegenseitige Vertrauen und das Verständnis füreinander zu stärken und Stabilität herzustellen. Entscheidend dafür seien die gegenseitigen politischen Besuche auf allen Ebenen, die in den letzten Jahren stattfanden.

Als Teil der vertrauensbildenden Maßnahmen wurden auch Besuche Fernandes' in verschiedenen militärischen Einrichtungen der VR China bezeichnet. In der Verteidigungsuniversität der Volksbefreiungsarmee, wo Fernandes vor Studenten sprach, erklärte er auch die Gründe der indischen Atombombentests des Mai 1998, die zu Verstimmungen zwischen Indien und China geführt hatten. Darüber hinaus sprach er auch die Bedenken und Befürchtungen Indiens im Zusammenhang mit der Frage der Proliferation von Massenvernichtungswaffen an, wird doch in Indien immer wieder

der Vorwurf laut, China unterstütze Pakistan militärisch auch durch den Transfer von Technologien, die zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen geeignet sind.

Beide Seiten zeigten sich in offiziellen Stellungnahmen jedoch zufrieden über ihre Kooperation im Rahmen der internationalen Allianz gegen den Terrorismus und vertraten einhellig die Ansicht, die Zusammenarbeit und der Austausch auf diesem Gebiet sollten angesichts der Bedrohung, der sich China und Indien gleichermaßen ausgesetzt sähen, zukünftig noch verstärkt werden. Insbesondere über seine einstündige Unterredung mit Jiang Zemin zeigte sich Fernandes anschließend „zutiefst zufrieden“. Diese Einschätzung bezog er vor allem auf den sehr offenen Meinungs-austausch mit Jiang. Dieser hatte mit Fernandes sowohl über bilaterale und internationale Fragen diskutiert als auch über SARS und die Maßnahmen der chinesischen Regierung zur Bekämpfung der Epidemie informiert.

Glaubt man seinen Äußerungen vor der indischen Presse nach Abschluss seines Chinabesuchs, der ihn auch zur Besichtigung der Terracotta Armee nach Xi'an geführt hatte, so hat sich in dem einstigen Falken im Laufe seiner Gespräche mit chinesischen Regierungsvertretern ein tiefer Meinungswandel vollzogen. Als wichtigstes Ergebnis seiner Unterredungen nannte Fernandes die Aufrichtigkeit beider Seiten in dem Wunsch das bilaterale Verhältnis zu verbessern. Er habe, so Fernandes weiter, auf der chinesischen Seite den deutlichen Wunsch verspürt, eine größere Freundschaft mit Indien aufzubauen und alle Hindernisse auf dem Weg dorthin auszuräumen, wenngleich es sich dabei wohl um einen längeren Prozess handeln werde.

Tief beeindruckt zeigte sich der indische Verteidigungsminister von der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas. Wirtschaftliche Themen hatten nach Angaben Fernandes' einen nicht unerheblichen Teil seiner Gespräche dominiert. Zurück in Indien sagte er, sein Land täte gut daran, vom chinesischen Beispiel und den reichen Erfahrungen des Landes im Hinblick auf die Umstrukturierung und Entwicklung der Wirtschaft zu lernen, insbesondere die Arbeitskultur Chinas überneh-



men, anstatt lediglich das Wunschdenken zu artikulieren, das 21. Jahrhundert werde das Jahrhundert Indiens, ohne den Worten auch Taten folgen zu lassen. (XNA, 9.4., 22.4., 27.4.03; Xinhua, 26.4.03, nach BBC PF, 27.4.03; PTI, Neu Delhi, 21.4.03, nach BBC PF, 22.4.03; PTI, 23.4.03, nach BBC PF, 24.4.03; PTI, 26.4.03, nach BBC PF, 27.4.03; PTI, 27.4.03, nach BBC PF, 28.4.03; PTI, 28.4.03, nach BBC PF, 29.4.03; Doordashan TV, Neu Delhi, 22.4.03, nach BBC PF, 23.4.03; *The Hindu*, Chennai, 27.4.03, nach FBIS, 28.4.03) -kg-

## 7 Frankreichs Premier erster westlicher Besucher der neuen Regierung

Der Wunsch, mit seinem Besuch ein Zeichen zu setzen und wirtschaftliche Interessen überwogen für den französischen Premierminister Raffarin die Furcht vor Ansteckung mit SARS, die zur Absage verschiedener anderer hochrangiger Besuche geführt hatte. Raffarin kann damit für sich verbuchen, der erste Regierungschef eines westlichen Staates zu sein, der mit der neuen chinesische Regierung nach ihrer Amtseinführung im März dieses Jahres im Rahmen eines offiziellen Staatsbesuches in Beijing zusammentraf.

Auch die Chinareise Raffarins blieb jedoch nicht unbeeinträchtigt von SARS. Ein geplanter Abstecher fiel aus, sodass der Aufenthalt in China insgesamt verkürzt werden konnte. Raffarin betonte während seines Chinabesuchs mehrfach, Frankreich stehe in der Bekämpfung der Epidemie solidarisch an der Seite Chinas. Als Seitenhieb gegen die Informationspolitik und den weltweit kritisierten inadäquaten Umgang der chinesischen Führung mit dem Problem noch im März muss jedoch wohl der Ausspruch Raffarins bewertet werden, man solle sich dem Problem lieber stellen als vor ihm zu weichen.

Während des Aufenthalts des französischen Premierministers in Beijing traf er zum Meinungsaustausch mit Hu Jintao, Wen Jiabao und Außenminister Li Zhaoxing zusammen. Raffarin äußerte dabei seine Ansicht, China und Frankreich besäßen in verschiedenen Fragen der Weltpolitik, so et-

wa in der Irak-Frage, sehr ähnliche Standpunkte. Von identischen Standpunkten zu sprechen vermied er jedoch. Beide Seiten würdigten die positive Entwicklung der bilateralen Beziehungen der beiden Ständigen Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrates und plädierten für eine Fortsetzung ihrer engen Konsultationen auf höchster Ebene.

Raffarin betonte in seinen Gesprächen mit der chinesischen Führung, sein Land trete ebenso wie China für eine multipolare Weltordnung ein und favorisiere grundsätzlich die Lösung internationaler Probleme auf dem Wege der Diplomatie und durch Verhandlungen. Hu Jintao verlieh dem chinesischen Wunsch Ausdruck, die Beziehungen Chinas zu Frankreich und insbesondere zur Europäischen Union zu intensivieren. Interessanterweise benannte Hu die betreffenden Politikfelder jedoch lediglich mit Wirtschaft und Handel. Besonders Wen Jiabao betonte, neben der Durchführung von Großprojekten solle auch der Kooperation von Klein- und Mittelbetrieben zukünftig mehr Gewicht beigemessen werden.

Vom Menschenrechtsdialog und der rechtsstaatlichen Zusammenarbeit zwischen der EU und der VR China, denen seitens der Europäischen Union große Bedeutung beigemessen wird, war in den Gesprächen Raffarins offensichtlich nicht die Rede. Sowohl im Zusammenhang mit der durch den französischen Premier erfolgten Übergabe einer Liste von politischen Gefangenen an die chinesischen Gastgeber, um deren Freilassung die französische Regierung nachsucht, als auch im Kontext wirtschaftlicher Gesprächsthemen konstatierte Raffarin angenehme Überraschung. Er sprach in diesem Zusammenhang von einem neuen Grad der Offenheit und einem Mentalitätswechsel in der neuen chinesischen Regierung.

Überrascht zeigte sich der französische Premierminister besonders über das Maß, in dem seine Gesprächspartner Bereitschaft zur Diskussion von Detailfragen auch im wirtschaftlichen Teil der Unterredungen zeigten. Im Gegensatz zu früheren Regierungsvertretern, die dies Firmenvertretern und der Administration überlassen hätten, seien in den Gesprächen beispielsweise

se über den im Rahmen von Raffarins Besuch unterzeichneten Vertrag über die Lieferung von 30 Airbus-Flugzeugen (Wert 1,7 Mio. Euro) nun durchaus Einzelheiten angesprochen worden.

Raffarin regte seine chinesischen Gesprächspartner dazu an, eine größere und positivere Rolle in den internationalen Angelegenheiten zu spielen, und sorgte mit einer Einladung zum Gipfeltreffen der G8 Anfang Juni im französischen Evian auch gleich für eine entsprechende Gelegenheit. Die Einladung, die er im Namen des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac überbrachte, bezieht sich jedoch nicht wie im Falle Russlands im Jahr 2002 auf das eigentlich G8-Treffen. China hat bisher alle Spekulationen über mögliche Ambitionen für eine Teilnahme an den Konsultationen dieser Staatengruppe mit Hinweis auf seinen Status als Entwicklungsland als vollkommen substanzlos abgetan. So handelt es sich bei dem Forum, für das die offizielle Einladung ausgesprochen und dem Vernehmen nach von Hu Jintao auch bereits angenommen wurde, vielmehr um ein spezifisches Nord-Süd-Gesprächsforum. Eine Einladung Chinas als größtem Entwicklungsland, so hieß es von verschiedener Seite kommentierend, sei damit obligatorisch, da ein solches Gipfeltreffen zwischen entwickelter und sich entwickelnder Welt ansonsten wenig Relevanz zukäme. (XNA, 11.4.03; IHT, 25.4.03; Xinhua, 25.4.03, nach BBC PF, 26.4.03, 27.4.03; AFP, 26.4.03, nach BBC PF, 28.4.03; ST online, 28.4.03; *Wen Wei Po*, 27.4.03, nach FBIS, 28.4.03) -kg-

## 8 SCO kommt ihrer regulären Struktur näher

In mehreren hochrangigen Treffen wurde seit Ende März das für Mai in Moskau geplante Gipfeltreffen der Regierungschefs der SCO-Mitgliedsstaaten vorbereitet. Zunächst trafen sich bereits Ende März die Nationalen Koordinatoren und Fachleute der sechs Mitgliedsnationen in Kirgistan, um dort noch letzte Details im Hinblick auf die nun offensichtlich bevorstehende Verwirklichung der längst beschlossenen so genannten Regionalen Anti-Terrorismus Struktur (RATS) zu klä-



ren. Im Einzelnen standen bislang offensichtlich nicht hinreichend geklärte Fragen wie die Finanzierung des geplanten ständigen Sekretariats der Shanghai Cooperation Organisation in Beijing sowie des Regionalen Anti-Terror-Zentrums in der kirgisischen Hauptstadt Bishkek auf der Tagesordnung.

Sowohl über einen Arbeitsplan für die Einrichtung der administrativen Strukturen in Beijing und Bishkek als auch über die Finanzierung des laufenden Betriebs konnte Einigkeit erzielt werden. Das Modell sieht eine Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel auf der Basis eines Länderschlüssels vor, um nicht von freiwilligen Zahlungen der Teilnehmerländer abhängig zu sein. Problematischer gestaltete sich da offensichtlich die Suche nach einem geeigneten Standort für das Hauptquartier des Anti-Terror-Sekretariats in Bishkek. Das Vorbereitungstreffen auf Arbeitsebene Ende März endete ohne Entscheidung, und auch von dem Treffen der Außenminister der SCO, das Ende April in Alma Ata stattfand, ist nicht bekannt, ob nun ein geeigneter Standort gefunden werden konnte, der alle Anforderungen erfüllt.

Dennoch geht es mit der Schaffung formaler Strukturen offensichtlich voran. So verabschiedeten die Außenminister ein Dokument, das die Aktivitäten der Regionalorganisation regelt, und bestimmten Zhang Deguang (chinesischer Botschafter in Russland) zum Sekretär der SCO mit Sitz in Beijing. Die Entscheidungen sollen von den Regierungschefs der Mitgliedsstaaten im Mai in Moskau endgültig besiegelt werden, damit die Organisation ihre reguläre Arbeit aufnehmen kann. (Channel One TV, Moskau, 29.4.03, nach BBC PF, 30.4.03; ITAR-TASS, 26.4.03, nach BBC PF, 27.4.03; XNA, 3.4.03; Kyrgyz-Press International News Agency, 1.4.03, nach BBC PF, 3.4.03; AKIpress news agency, Bishkek, 1.4.03, nach BBC PF, 2.4.03) -kg-

## 9 Alle Jahre wieder – Menschenrechtsberichte der USA und Chinas

Wie jedes Frühjahr stellte auch dieses Jahr das amerikanische Außenministerium wieder seinen jährlichen

Bericht zur Lage der Menschenrechte der Öffentlichkeit vor. Wie in jedem Jahr werden dort Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China kritisiert, und wie in jedem Jahr reagierte die chinesische Regierung mit Empörung und Zurückweisung sowie – seit einigen Jahren – mit einem eigenen Bericht zur Lage der Menschenrechte in den USA. Es handelt sich also bereits um ein eingespieltes politisches Ritual.

Allein in diesem Jahr fiel der Bericht der USA über China nicht vollständig negativ aus. Zwar wurden wiederum diverse Menschenrechtsverletzungen im Hinblick auf politische Gefangene, Folter, willkürliche Verhaftungen, erzwungene Geständnisse und grundlegende Mängel des Rechtssystems angeprangert. Auch die Befürchtung wurde geäußert, die chinesische Regierung könne sich die internationale Anti-Terror-Kampagne zunutze machen, um die politische uighurische Opposition in Xinjiang als Terroristen zu verfolgen. Doch wurde durchaus positiv vermerkt, dass einige Dissidenten freigelassen und erstmals hochrangige Gesandte des Dalai Lama nach China eingelassen wurden.

Dennoch sah der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Liu Jianchao die Anstrengungen Chinas im Hinblick auf die Verwirklichung der – zweifellos anders definierten – Menschenrechte seitens der USA nicht hinreichend gewürdigt. Man appelliere erneut an die Vereinigten Staaten von Amerika, so Liu weiter auf einer Pressekonzferenz, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen und Menschenrechte mit unterschiedlichen Standards zu messen. Schließlich sehe die Menschenrechtslage in den USA keinesfalls rosig aus, was ein Bericht der chinesischen Regierung belege.

In diesem Bericht wird den USA im Gegenzug bescheinigt, die Lage der allgemeinen Menschenrechte habe sich seit dem terroristischen Anschlag vom 11.9.2001 dort deutlich verschlechtert. Es seien nun nicht mehr nur Frauen diskriminierung, die Hinrichtung minderjähriger und geistesgestörter Straftäter, exzessive gesellschaftliche Gewalt, die Ausbreitung von Armut und Obdachlosigkeit, die Demokratie der Reichen oder die mangelnde Re-

präsentation der Bevölkerungsmehrheit durch eine Regierung, die letztlich nur durch eine kleine Minderheit der US-Amerikaner gewählt wurde, zu kritisieren, sondern spezifische Menschenrechtsverletzungen im Zuge der Terrorismusbekämpfung. Dazu zählten die Rassendiskriminierung, die Araber und Muslime besonders treffe. Auch hätte die Zahl von Folterungen und erpresster Geständnisse nach der Verabschiedung der Anti-Terror-Gesetze stark zugenommen.

Insgesamt wurden beide Berichte jedoch eher unpolemisch vorgestellt. Auch war der US-Außenminister Powell danach befragt nicht bereit, eine definitive Aussage zu treffen, ob die USA einen Resolutionsentwurf gegen China in den Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen einbringen würden. Damit zu rechnen war jedoch eigentlich nicht, schließlich braucht man sich in China und in den USA gegenseitig. Nicht zuletzt ist man aufeinander in der Lösung der Nordkorea-Krise angewiesen, wie der Weg zu den ersten Gesprächen der Kontrahenten in Beijing Ende April zeigte. (ST, 2.4., 4.4.03; WSJ, 1.4.03; XNA, 3.4., 4.4.03) -kg-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 10 Entlassung zweier hochrangiger Regierungsvertreter wegen SARS

Im Zusammenhang mit der Ausbreitung der Lungeninfektion SARS (Severe Acute Respiratory Syndrome) in China und insbesondere in Beijing sind am 20. April überraschend der Gesundheitsminister Zhang Wenkang und der Beijinger Bürgermeister Meng Xuenong ihrer Ämter enthoben worden. Als neue Gesundheitsministerin wurde die stellvertretende Ministerpräsidentin Wu Yi bestimmt, die aufgrund ihrer langjährigen Erfahrungen im Außenwirtschaftsbereich internationales Renommee besitzt und als intelligent, zielstrebig und durchsetzungsfähig gilt. Das Amt des Beijinger Bürgermeisters übernahm zunächst Wang Qishan, der erst im November 2002 zum Parteisekretär von